

Schulleitungsvereinigung erklärt: Maulkorb passt!

Weil sie die jahrelange schlechte Situation an ihren Schulen verbessern wollten, sind etwa 40 Schuleiter aus dem Raum Aachen von der Bezirksregierung ins dienstrechtlche Abseits gestellt worden. Das ist nach Aussage der Schulleitungsvereinigung Nordrhein-Westfalen (SLV NRW) unerträglich.

Für unerträglich empfindet die Vorsitzende der Schulleitungsvereinigung NRW, Margret Rössler, die Reaktion der Bezirksregierung Köln auf einen Brief von 40 Schuleitern aus dem Raum Aachen. In diesem Brief informierten sie zehn Bürgermeister über die desolate Stellensituation an Förderschulen in ihrer Region.

„Über lange Zeit haben die Verantwortlichen in Köln keine Lösung gefunden. Statt sich ihrer Verantwortung zu stellen, werden jetzt personalrechtliche Konsequenzen angedroht, die weder der Sache dienen noch dem Engagement der besorgten Schulleitungen gerecht werden. Preußisches Verständnis von Dienstrechtt ist eben nicht mehr immer in Einklang zu bringen mit dem Wunsch nach selbständigen Schulen und verantwortlichem Handeln von Schulleitungen“, erklärt die Vorsitzende der Schulleitungsvereinigung dazu.

Unterbewertungen an den Schulen im Raum Aachen von bis zu acht Prozent waren wiederholt im Gespräch, wurden aber nicht abgestellt, sondern sind laut der Schulleitungsvereinigung von den Schulaufsichten eher „schön gerechnet“ worden.

Gespräche mit der Bezirksregierung Köln führten über Jahre zu keiner Verbesserung. Verschärft worden ist die Situation für die Förderschulen dadurch, dass im Rahmen der Umsetzung der Inklusion immer mehr Kolleginnen und Kollegen in den Stammschulen nicht mehr zur Verfügung stehen.

Weil sich die Personalsituation an ihren Schulen seit geraumer Zeit als kaum noch vertretbar gezeigt hat, haben sich die Schulleiter in einem Brief an die Verwaltungschefs der Kommunen gewandt.

Dieses Vorgehen stufte die Bezirksregierung als Dienstvergehen ein. Konsequenz: Ein Drittel der Unterzeichner erhielt eine Eintragung in die Personalakte.

Norbert Greul, Schulamtsdirektor, wurde vom Dienst suspendiert. Gegen ihn soll ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden. Angeblich hat er den Brief initiiert, heißt es aus der Bezirksregierung.

Diese Reaktion hat laut der Schulleitungsvereinigung Empörung, Entsetzen, Wut und das Gefühl völliger Hilflosigkeit bei den Schulleitern ausgelöst.

„Der Maulkorb passt“, stellt Rössler fest, „er ersetzt die notwendige, offene Auseinandersetzung mit den Anforderungen und Schwierigkeiten, die durch die Umsetzung der Inklusion und die personelle Situation der Förderschulen aktuell überall im Lande deutlich werden. Enttäuschend ist dabei besonders, dass die Schulministerin, die seit Beginn ihrer Amtszeit dazu auffordert, gemeinsam an der Entwicklung der Bildung und der Schulen zu arbeiten, solche Schritte ohne Not zulässt.“